Nr. 8. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 5. Januar 1893.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Die „Freis. Ztg." berechnet bereits, daß wir bei einer Reichstagsauflösung über die Militärvorlage um Mitte März Neuwahlen haben könnten. Dazu bemerkt die „Nationallib.-Korr.":

Wir sind noch immer nicht überzeugt, daß es zu einer solchen Wendung kommt, allein die Möglichkeit ist freilich naheliegend genug, und die Aussichten auf eine Krisis haben sich in den letzten Wochen eher verstärkt als vermindert. Wenn freisinnige Blätter ihre Parteigenossen unaufhörlich ermahnen, sich rechtzeitig auf alle Wendungen vorzubereiten, die Wahlorganisationen zu prüfen, die Kandidaten aufzustellen, so können wir dasselbe natürlich auch unsern Anhängern im Lande nur dringend empfehlen. Sollte es für die allernächste Zeit nicht nöthig werden, so ist die Arbeit doch auf keinen Fall verloren. In den leitenden Kreisen des Reichs scheint man sich noch immer in einer schädlichen und unbegreiflichen Selbsttäuschung über den Erfolg von Neuwahlen unter dem Zeichen der vorliegenden Militärreform zu befinden; sonst wäre so manches in der neuesten Entwickelung dieser Angelegenheit nicht verständlich. Wir fürchten aber, diese Illusion wird sich schwer rächen. Im Volke hat die Militärreform, wo sie nicht auf den entschiedensten Widerstand stieß, zum mindesten eine sehr kühle Aufnahme gefunden; die Befriedigung über die zweijährige Dienstzeit konnte gegenüber den ungeheuern neuen Lasten nicht aufkommen. Daß diese Stimmung sich im weiteren Verlauf noch zu einer mächtigen Volksströmung zu Gunsten der vorgeschlagenen Militärreform entwickeln werde, glaubt außerhalb der leitenden Stellen in der Reichsregierung Niemand. Die Wahlen werden unzweifelhaft bei großer Muthlosigkeit, vielleicht, wovor wir allerdings dringend warnen möchten, sogar gleichgültiger Zurückhaltung der besten Kräfte des Volkes stattfinden, auf die sonst die Lösung aller nationalen und patriotischen Aufgaben in erster Reihe angewiesen ist. Wie das so gekommen, wollen wir heute nicht untersuchen. Die gemäßigten Richtungen, welche die nationalen Interessen als die Grundlage ihres ganzen politischen Strebens betrachten, haben überhaupt in gegenwärtigen Zeiten einen schweren Stand; sie sind auch im jetzigen Reichstag so schwach vertreten, daß sie nichts Erhebliches mehr verlieren können. Für unsere besonderen Parteiinteressen glauben wir bei Neuwahlen in allernächster Zeit weder viel befürchten noch hoffen zu dürfen. Aber wir müssen allerdings vom allgemein vaterländischen Standpunkt aus fürchten, daß der nächste Reichstag noch schlimmer würde als der jetzige. Die Verstimmung, Unsicherheit, Verwirrung, wie sie dermalen die politischen Gefühle des Volkes beherrscht, verbunden mit so manchen Schwierigkeiten und Nöthen im wirthschaftlichen Leben, kann nur den extremsten Richtungen von links und rechts zu gut kommen. Selbst die hochgespannten Hoffnungen der Deutschfreisinnigen würden bei einem solchen Wahlkampf schwerlich in Erfüllung gehen; die Erfahrungen bei den Nachwahlen der jüngsten Zeit lassen dies deutlich erkennen. Die Aufwühlung der niedrigsten Triebe und Leidenschaften, wie sie bereits im Zug ist und noch mehr zu erwarten steht, würde auch über die Deutschfreisinnigen hinwegschreiten. Unzweifelhaften Gewinn würden nur die alleräußersten und gewissenlosesten Elemente haben: die Sozialdemokraten, die Antisemiten, die demagogischsten Richtungen bei den Ultramontanen und Konservativen, die radikalsten Demokraten. Mit einem solchen Reichstag wird die Heeresreform erst recht nicht zu Stande zu bringen, es wird überhaupt keine Möglichkeit sein, eine vernünftige Politik zu führen. Sehr eindringlich hat am 13. Dezember Herr von Bennigsen seine warnende Stimme im Reichstag erhoben, indem er bemerkte, daß mit dem neuen Reichstag, wie er voraussichtlich beschaffen wäre, nicht nur diese Militärforderung, sondern auch andere wünschenswerthe und dringliche Vorlagen nicht durchzusetzen sein würden. „Und wo stehen wir dann? Dann befinden wir uns ungefähr vor dem Konflikt. Man braucht dies Wort nur auszusprechen, um zu sehen, was sich daraus für eine Perspektive ergeben kann. Einen Konflikt kann ein Einzelstaat schwer ertragen, aber ein neu ins Leben gerufener Bundesstaat gar nicht, am allerwenigsten auf dem Boden des Militärwesens und der militärischen Rüstungen, dieses Rückgrates der ganzen nationalen Existenz." Das ist der Grund, warum ernste und vaterlandsliebende Männer mit schweren Besorgnissen der zunehmenden Zuspitzung des Streits entgegensehen.

— Die „Kreuzzeitung" glaubt die Spuren zur Bildung einer Mehrheit zu Gunsten der Militärvorlage entdeckt zu haben, obwohl auch sie nach der Erklärung des Dr. Lieber annimmt, daß auf die große Mehrheit des Zentrums nicht zu rechnen ist. Obwohl die „Freisinnige Zeitung" immer schärfer gegen dieselbe auftritt, und selbst das namens der Partei in der Generaldebatte gemachte Anerbieten der Bewilligung der Mittel zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit im Rahmen der jetzigen Friedenspräsenzstärke theilweise wegzudisputiren versucht, so erwartet die „Kreuzzeitung" doch, daß Herr Rickert mit der Mehrzahl der Deutschfreisinnigen zu dem Zwecke, den Juden dadurch den Schutz der Regierung gegen die antisemitische Bewegung zu verschaffen, die Hand zu einer auch der Regierung annehmbaren Verständigung bieten werde. Abgesehen von einigen Wendungen in Artikeln des „Berliner Tageblattes" und des Börsenkouriers, welche auf eine größere Neigung zur Verständigung schließen lassen, als sie sonst von freisinniger Seite kundgegeben ist, aber doch nicht entfernt einen ausreichenden Anhalt für eine solche Kombination geben, sehen wir bedauerlicher Weise nichts, was die Vermuthung der „Kreuzzeitung" bestätigen könnte. Wir würden es für außerordentlich erwünscht erachten, wenn an Stelle des Zentrums der nicht intransigente Theil der Deutschfreisinnigen die Mehrheit für die Annahme der Militärvorlage in einer der Regierung annehmbaren Gestalt bilden helfen wollte. Erwünscht im Interesse der positiven Lösung des vorliegenden hochwichtigen Problems, erwünscht auch vom allgemein politischen Gesichtspunkte, weil damit dem von Herrn Dr. Lieber so scharf [illegible] Zustande, daß das Zentrum im Reiche Trumpf ist, ein Ende bereitet würde. Wären die Herren Rickert, Frhr. v. Stauffenberg u. s. w. wirklich weitsichtige, nicht von kleinlichen Augenblicks- und Parteiinteressen beherrschte und zur Durchführung eines großen politischen Planes auch gegen Herrn Eugen Richter fähige Politiker, so dürften sie die sich ihnen jetzt darbietende Gelegenheit, das Zünglein der Wage im positiven Sinne abzugeben, nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Leider fehlt es aber an jedem Anzeichen, daß das hierzu erforderliche Maß von staatsmännischer Einsicht und Kraft bei jenen Politikern vorhanden ist: sie werden sich auch hier dem Kommando Herrn Eugen Richters nicht entziehen.

— Ueber den neuen Entwurf zum Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm I., der von Professor Reinhold Begas hergestellt und nach dem Willen des Kaisers zur Ausführung bestimmt ist, können wir noch weitere authentische Mittheilungen machen. Das Standbild erhält als Hintergrund eine nach dem Schlosse zu geöffnete Säulenhalle, die sich in ihrem Stile dem Charakter des Schlosses und des Cosanderschen Portales anschließt. Der Kaiser reitet auf das Schloß zu und tritt soweit aus der Halle hervor, daß er auch von beiden Seiten frei gesehen wird. Die beiden Ausläufer der Säulenhalle sind mit Portalen im Barockstile geschmückt, auf denen sich Quadrigen befinden. An der Säulenhalle werden den deutschen Fürsten Denkmäler in Form von Statuen gesetzt, die in der Ausführung eine Größe von vier Metern erhalten. Der obere Theil der Säulenhalle wird durch allegorische Gruppen und durch Trophäen belebt, wie sie in ähnlicher Art die Attika des Zeughauses zieren. Das Standbild des Kaisers wird in so gewaltigen Verhältnissen errichtet, daß die Massen des Schlosses es ebenso wenig erdrücken können, wie der Begasbrunnen. Reiter und Pferd erhalten die Höhe von 12 Metern. Der Kaiser ist in würdiger Haltung dargestellt; eine Viktoria führt das ruhiger ausschreitende Pferd. Die vier auf Kugeln schwebenden Siegesgöttinnen an den Ecken des Postaments sind zwar beibehalten, aber doch gegen früher verändert worden; sie erscheinen jetzt mehr individualisirt und sind zu den Sockelfiguren inniger in Beziehung gebracht. An Stelle der beseitigten Quadrigen sind auf beiden Seiten des Postaments Krieg und Frieden veranschaulicht. Rechts die Gestalt eines Kriegers mit dem Schwerte, dahinter ein Relief, auf welchem eine Quadriga herangesaust kommt, und der Tod, rechts und links mit der Sense ausholend, reiche Ernte hält. An der entgegengesetzten Seite erscheint der Friede als ein Jüngling mit Palme und Tafel, hinter welchem sich im Relief ein landschaftliches Gefilde ausbreitet; hier ist die Friedensgestalt von blumenstreuenden Kindern umgeben, während ringsum der Ackerbau in reichem Segen blüht. Verhältnißmäßig einfach ist jetzt die Vorder- und Rückseite des Postaments behandelt; hier besteht der Schmuck vorzugsweise in sinnbildlichen Emblemen 2c. Auch in dem neuen Entwurf finden sich die vier auf den Ecken der Stufen lagernden Löwen. Die Ausführung des Denkmals erfolgt theils in Bronce, theils in Stein. Die Herstellung der großen Modelle wird im Laufe des Jahres in Angriff genommen.

— Der höchste preußische Orden vom Schwarzen Adler ist vom Kaiser im Jahre 1892 gerade zwölf Mal verliehen worden. Denselben haben erhalten: der am 28. März verstorbene General der Infanterie von Alvensleben am 12. Januar, der ehemalige italienische Ministerpräsident Marquis di Rudini am 5. Februar, der General der Infanterie von Grolmann, zuletzt kommandirender General des 11. Armeekorps, am 11. August, der österreichische Ministerpräsident Graf Taaffe und Erzherzog Friedrich von Oesterreich am 11. Oktober, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg am 22. Oktober, Prinz Johann von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Fürst Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen und Fürst Heinrich XXII. Reuß ä. L. am 31. Oktober, Landgraf Alexander Friedrich von Hessen, Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksberg und Prinz Friedrich Karl von Hessen am 24. Dezember.

— Ueber die „Enthüllungen" des „Vorwärts" bemerkt Dr. Julius Meyer in den „Münchener Neuesten Nachrichten":

Das sozialdemokratische Blatt wollte sich offenbar die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dem deutschen Reiche eines anzuhängen und urbi et orbi darzuthun, daß es auch bei uns mit der Verwendung der öffentlichen Gelder nicht sauber sei. Da ist es denn doch am Platze, dem Ursprung dieser Publikation nachzugehen. Im März 1892 erließ der Buchhändler Cäsar Schmidt in Zürich folgende Ankündigung:

„In Vorbereitung befindet sich . . .: „Hundert unverbrannte Quittungen zum Welfenfonds, ausgestellt von 1868 bis 1890 durch Staatsminister, Generale, nach dem Süden kommandirte Offiziere, Richter, Parlamentarier, Redakteure verschiedener Länder, hohe und andere Hofbeamte beiderlei Geschlechts, Aerzte, Studirende an ausländischen Hochschulen, politische Agenten, Agents provocateurs, gewöhnliche Spitzel, Glieder des diplomatischen Korps und Andere" im Facsimiledruck. Der Kommentar hierzu erscheint als historisch-kritische Beleuchtung unter dem Titel „Die Koulissen des Welfenfonds, von einem Staatsmann." Diese Veröffentlichung wird die Geschichtsschreiber des neuen deutschen Reichs zu einer gründlichen Umarbeitung ihrer Werke veranlassen müssen. Neben den Zwecken, zu denen das Privatvermögen des Königs von Hannover verwendet worden ist, wird auch der Einblick in den Handel, der von hohen Stellungen mit den Quittungen selbst getrieben worden, von vernichtender Wirkung sein. . . . Zuschriften an den Redakteur unter der Adresse Baron A. von Artin befördert die Verlagsbuchhandlung."

Es muß hervorgehoben werden, daß diese buchhändlerische Ankündigung gleichzeitig mit der in demselben Verlag erscheinenden Broschüre: „Kaspar Hauser! Des Räthsels Lösung" von Baron Alexander von Artin" erfolgt ist. Ich habe diese Broschüre in Nr. 116 der „M. N. Nachr." nach Gebühr gebrandmarkt. Denn es ist unwiderleglich nachgewiesen, daß der angebliche Baron Alex. von Artin u. a. eine ganz plumpe Fälschung begangen hat, indem in einem lediglich zur Danksagung dienenden Kourtoisieschreiben des Großherzogs Ludwig von Baden dem Eingang und der Adresse ein ganz anderer Wortlaut gegeben wurde. Der Herr Baron hat es vorgezogen, sich auf die Entgegnung der Fälschung hin in Schweigen zu hüllen. Und er hat gut daran gethan. Nebenbei gesagt, existirt ein Baron Alexander von Artin garnicht. Man hatte es vielmehr mit einer ganz perfiden anonymen Publikation zu thun. Man wird sich erinnern, daß auch die aus derselben Quelle stammenden angeblichen Quittungen aus dem Welfenfonds im März des vergangenen Jahres von zuständiger Seite mit dem Bemerken für gefälscht erklärt worden sind, daß derartige Belege regelmäßig verbrannt worden seien. Es ist denn auch in der That die Veröffentlichung der Quittungen unterblieben. Während es damals den Anschein hatte, als ob diese Ankündigung mit Erpressungsversuchen in Verbindung stehe, muß nach dem Organ, welches jetzt zur Publikation gewählt wurde, geschlossen werden, daß auch in Deutschland eine häßliche Panama-Frage geschaffen werden soll. Das würde aber nur dann gelingen, wenn der „Vorwärts", alias Baron Alexander v. Artin, im Stande sein sollte, Namen der angeblichen Empfänger mitzutheilen. So lange dies nicht geschieht, darf auch die jetzige Publikation als eine bodenlose freche Verleumdung bezeichnet werden."

Die „Köln. Ztg." schreibt: „Der „Vorwärts" darf sich schmeicheln, mit seinen angeblichen Enthüllungen über die Quittungen des Welfenfonds den Franzosen Salbe auf ihre Panama-Wunden gelegt zu haben. Mit derselben Geflissenheit, mit der die früheren Blätter Frankreichs, wie „Journal des Debats" und „Temps", derartigen Enthüllungen, wenn sie ihr eigenes Land betreffen und etwa von Rochefort und dem „Intransigeant" ausgehen, unbesehen den Stempel der Lüge aufdrücken und sich entrüsten, wenn im Auslande solche Erzeugnisse als baare Münze in Umlauf gesetzt werden, erkennen sie die Verleumdungen des „Vorwärts" ohne Prüfung als wahr und echt an „Obgleich das für uns ein armseliger Trost ist, können wir heute feststellen, daß bei einem unserer Nachbarn ein neuer Flecken auftaucht", sagen schadenfroh die „Debats", und „Temps" schreibt: „Was uns am meisten angeht, ist der Eindruck, den die Enthüllungen des „Vorwärts" auf die öffentliche Meinung (in Deutschland) machen, und nach der Geschichte der Emser Depesche, nach Allem, was man bereits von dem Regierungssystem des Herrn v. Bismarck wußte, ist dieser Eindruck kläglich. Man weiß nicht mehr, woran man glauben und was man fürchten soll. Für ein Volk, daß zwanzig Jahre lang von der Einbildung beherrscht war, es lebe in vollkommener moralischer Ordnung, ist das ein rauhes Erwachen." Der „Temps" setzt auch eine Anzahl Namen ein, die der „Vorwärts" immer noch kläglich verschweigt. Vielleicht benutzt das deutsche Blatt zur Erfüllung einer Anstandspflicht die Gelegenheit, die dem „Temps", der ihm so wohlwollend unter die Arme greift, nachzudrucken und sie nach seiner angeblichen Kenntniß der Dinge zu prüfen und vielleicht zu korrigiren."

** Aus der Zunahme der Novembereinnahmen der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen ergab sich bereits der erfreuliche Schluß, daß Handel und Verkehr in Deutschland in letzter Zeit angefangen haben, sich von der schon länger andauernden Depression zu erholen. Wir wiesen bei Gelegenheit der Mittheilung der betreffenden Zahlen darauf hin, daß auch die Entwickelung des Post Päckerei-Verkehrs in der Weihnachtswoche diese Voraussetzung zu bestätigen schiene. Die nunmehr uns vorliegenden authentischen Zahlen, welche wir weiter unten folgen lassen, ergeben, daß diese Annahme vollauf berechtigt gewesen ist. Der erwähnte Verkehr hat sich nämlich folgendermaßen gestellt:

1. In Berlin: aufgegeben 1892: 806,202 Stück, aufgegeben 1891: 725,961 Stück, 1892 mehr: 80,241 Stück; angekommen 1892: 498,883 Stück, angekommen 1891: 464 823 Stück, 1892 mehr: 34,060 Stück, zusammen 1892 mehr: 114,301 Stück; 1891 war gegen 1890 nur eine Steigerung von 8339 Stück eingetreten.

2. In den Städten des Reichs-Postgebiets mit mehr als 50,000 Einwohnern betrug die Zahl der eingegangenen und aufgegebenen Packete 1892: 5,456,854 Stück, 1891: 4,997,591 Stück, mehr 1892: 459,263 Stück oder 9,2 Prozent, gegen eine Steigerung von 1,8 Prozent im Jahre 1891 im Vergleich zu 1890.

Auch der Stadtbrief-Verkehr zu Neujahr 1892 weist gegen 1891 eine erhebliche Zunahme auf. Es sind Stadtbriefe aufgeliefert und bestellt 1892: 2,764,613 Stück, 1891: 2,519,771 Stück, somit mehr 1892: 244,842 Stück.

— Wie aus den Mittheilungen über den Bergarbeiter-Ausstand hervorgeht, ist die Zahl der Angefahrenen auch heute wieder gegen gestern gewachsen und zwar um rund 1500 Mann. Immerhin streiken noch mehr als zwei Drittel der gesammten Arbeiterschaft des Saarbrücker Reviers, so daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn man hier maßgebenden Ortes die Sachlage fortgesetzt ernst auffaßt. Daß das der Fall ist, dafür spricht die vom „Reichsanzeiger" in seinem amtlichen Theile gebrachte Meldung, daß der Oberberghauptmann und Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Gewerbe, Freund, nach Saarbrücken abgereist ist.

Danzig, 4. Januar. Auf die Petitionen, betreffend die Staffeltarife, ist der „Danz. Ztg." zufolge den Vorsteherämtern der Danziger und Königsberger Kaufmannschaft bekannt gegeben worden, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten im Einverständniß mit dem Gutachten des Landeseisenbahnrathes die Einführung besonderer Tarifmaßnahmen durch Herstellung ermäßigter Ausfuhrtarife zur Abwehr der für den Handel und die Erwerbsverhältnisse der Hauptplätze Königsberg und Danzig aus dem Weiterbestehen des allgemeinen Staffeltarifes vom 1. September 1891 befürchteten Schädigungen abgelehnt hat. Für die Ablehnung sei außer anderen Erwägungen hauptsächlich der Umstand maßgebend, daß die von den Hafenplätzen befürchteten Schädigungen nicht eingetreten oder nicht nachgewiesen seien.

Hamburg, 4. Januar. (W. T. B.) Die Cholera-Kommission des Senats theilt mit, daß heute zwei leichte Erkrankungen an Cholera konstatirt seien. Die Erkrankten sind die Mutter des gestern als erkrankt gemeldeten, in der Asylstraße wohnhaften Kindes und ein Metallarbeiter auf dem Groß-Neumarkt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Januar. (W. T. B.) Nach der „Neuen Freien Presse" wird sich Baron Albert Rothschild im Laufe des heutigen Tages nach Pest begeben, um den Vertrag mit der ungarischen Regierung für seine Firma und in Bevollmächtigung der österreichischen Boden-Kreditanstalt zu unterzeichnen Diese Form wurde nach längeren Berathungen im Einverständnisse mit dem ungarischen Ministerpräsidenten, dem Baron Rothschild, den Wiener und den Pester Mitgliedern der Gruppe und der Boden-Kreditanstalt gewählt, weil gerade diese Form dem Standpunkte, welchen Dr. Wekerle in seiner bekannten Erklärung über die Staatsbahnfrage eingenommen hat, am Genauesten entspricht. Der Minister Dr. Wekerle habe aus authentischer Quelle die Mittheilung erhalten, daß eine Vereinbarung vorbereitet werde, durch welche die Nachzahlung auf dem September-Koupon, bei welchem ein Abzug vorgenommen wurde, gesichert werde. Es sei ferner dem Minister bekannt gegeben worden, daß in Folge dieser beabsichtigten Vereinbarung schon der nächste März-Koupon zur vollen Einlösung gelangen werde.

Wien, 4. Januar. (W. T. B.) Wie die „Politische Korr." aus Pest meldet, ist der Abschluß der Konversionsgeschäfte unmittelbar bevorstehend. Die Unterzeichnung der betreffenden Verträge wird morgen erwartet.

Frankreich.

Paris, 3. Januar. Im französischen Ministerium kriselt es wieder. Auch Herr Bourgeois, der neue Justizminister, gefällt seinen Kollegen nicht mehr, er kann es ihnen so wenig recht machen wie sein Vorgänger Ricard. Herr Bourgeois scheint es aber nicht darauf ankommen lassen zu wollen, daß man eine parlamentarische Komödie aufführt, um ihn zum Rücktritt zu zwingen. Er meldet sich selbst krank, schwer krank, besorgnißerregend krank, so daß ihn wohl bald Gesundheitsrücksichten veranlassen werden, die Mühseligkeiten des Justizportefeuilles, die jetzt allerdings in Frankreich größer sind als je, einem Anderen zu überlassen, der noch weniger durch scrupulöse Rücksichten behindert ist als er.

Wenig verständlich ist, was in einer Depesche gemeldet worden, daß die französische Regierung erklärt hat, sie werde am 10. oder 15. Januar keine Straßenkundgebung dulden. Das sollte doch eigentlich selbstverständlich sein. Eine solche Ankündigung ist weit eher dazu angethan, die Kundgebungen, die man nicht dulden will, zu provoziren, als sie hintanzuhalten.

Als wir die Veröffentlichung des sozialdemokratischen „Vorwärts" über die angeblichen hundert Quittungen aus dem Welfenfonds besprachen, sagten wir, daß die Veröffentlichung ein Dienst sei, der Eitelkeit und der Verleumdungssucht der Franzosen erwiesen. Das hat sich schnell bestätigt. Der „Köln. Ztg." wird über diesen Gegenstand aus Paris berichtet:

„Seit mehr als sechs Wochen sind heute zum ersten Male die meisten unserer Blätter ohne Enthüllungen, Ankündigungen und Drohungen von Enthüllungen und sonstige Verdächtigungen vor die Oeffentlichkeit getreten. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß man mit dem neuen Jahre in dieser Hinsicht ein neues Blatt umgeschlagen habe, sondern die Sache erklärt sich einfach dadurch, daß wegen des Neujahrstages die Blätter zum Voraus hergestellt werden mußten und also die gestrigen Tagesneuigkeiten in Sachen der Panamageschichte fehlen. Dafür theilt uns aber der „Economiste Francais", das bedeutendste unserer Finanzblätter, in einer ausführlichen ziffermäßigen Zusammenstellung mit, wie theuer der große Enthüllungsfeldzug seit dem 19. November, dem Todestage Reinach's, dem französischen Volke an Koursrückgängen zu stehen kommt. Es geht zunächst aus dieser Liste hervor, daß die Entwerthung unter Rente und französischen Eisenbahnpapieren allein 1135 Millionen Franks beträgt, daß die sieben größten Aktienbanken insgesammt ebenfalls einen Rückgang in den Notirungen von 272 Millionen verzeichnen, und daß unter Hinzurechnung der Einbußen in den auswärtigen Staats- und Eisenbahnpapieren, die hier am Platze hauptsächlich gehandelt werden, die verschiedenen in französischen Händen befindlichen Papiere unter den hier erwähnten Kategorien am Schlusse des Jahres 1892 in runder Summe 2300 Millionen Franks niedriger im Preise standen als sechs Wochen vorher. Gelehrte des Kourszettels und Handhaber der Kouponscheere mögen zu ihrer Erbauung die Einzelheiten in den Spalten des „Economiste" nachlesen. Selbstverständlich ist die Riesensumme keineswegs als einfach verloren in dem Sinne zu betrachten, wie die Gelder der Panama-Aktionäre verloren sind, aber wer zur Stunde genöthigt ist, seine Papiere zu verkaufen, der hat ohne Zweifel seinen vollen Antheil an der allgemeinen Einbuße zu zahlen. Die schmetternde Mittheilung der hiesigen Auguren für auswärtige Politik, daß nach den Enthüllungen des „Vorwärts" unumstößlich das Vorhandensein eines deutschen Panama-Skandals bewiesen sei, wird ihnen dabei schwerlich besondern Trost bringen, wie auch anderseits nicht zu erwarten steht, daß angesichts der angeblichen Welfenfondsquittungen das deutsche Nationalvermögen einen erheblichen Preisrückgang erleiden wird. Ueber kurz oder lang wird sich auch der französische Markt von seinem heutigen Druck erholen und die erlittenen Verluste wieder einbringen. Unter gewöhnlichen Verhältnissen wäre die neue steigende Bewegung sogar sehr bald zu erwarten. Heute indessen, wo ein großer Theil der politischen Menschheit ein direktes persönliches Interesse daran hat, daß die Unruhe, die Entrüstung und der Argwohn nicht schwinde, daß vielmehr bis zur Schließung der Kammern und bis zu den Neuwahlen alles eher in schlimmerm als in besserm Lichte erscheine, sind noch keine Anzeichen einer Wendung zur Hausse abzusehen. Die Regierung wird alle möglichen Anstrengungen machen, durch Beschleunigung des Gerichtsverfahrens in der Panamasache den unerquicklichen Zustand bald zu beenden, allein ihre Bemühungen werden einfach als Vertuschungsversuche gedeutet und ausgebeutet werden. Schon jetzt beginnen die beiden Blätter, die in dem ganzen Panamafeldzug die Führung gehabt haben, die boulangistische „Kokarde" und die antisemitische „Libre Parole", gegen den Justizminister Bourgeois systematisch und in augenscheinlicher Uebereinstimmung Sturm zu laufen. Man beschuldigte ihn insbesondere, seinen früheren Chef und guten Freund Floquet decken zu wollen, man erklärt offen, es sei zwischen dem Justizminister und den verhafteten Verwaltungsräthen der Panama-Gesellschaft ein geheimes Uebereinkommen geschlossen worden. Die Leiter der Panamagesellschaft sind die Leute, die von der verübten Bestechung allein Bestimmtes aussagen und die parlamentarischen Judasse (wie der „Gaulois" die Bestochenen genannt hat) wirklich ans Licht ziehen könnten. Von ihnen soll auch, trotz späterer Ableugnung, wenigstens ein großer Theil der erhobenen Anklagen seinen Ursprung genommen haben. Neuerdings aber hüllen sie sich nach Angabe der vorgenannten Blätter in Schweigen und verweigern im stillen Einverständniß mit der Regierung und unter der Voraussetzung, daß man ihnen in dem Prozeß wegen Veruntreuung und Betruges nicht weh thun wird, die Aussage über die verübten Bestechungen. Trotzdem — so versichern die Organe der Opposition und die kämpfenden Sozialisten — wird es der Regierung nicht gelingen, die Uebelthäter der verdienten Strafe zu entziehen, und wofern sie nicht von ihrem sträflichen Vorhaben abstehe, werde man in der Kammer wie auf der Straße noch interessante Ueberraschungen erleben."

Paris, 4. Januar. (W. T. B.) Der Romanschriftsteller Albert Delpit ist gestorben.

Italien.

Rom, 4. Januar. Der vatikanische „Osservatore Romano" erklärt das Verbot der Eröffnung der protestantischen Kirche in Madrid für eine weise Maßregel behufs Verhinderung einer systematischen Propaganda des Protestantismus in Spanien. Das Verbot entspringe nicht der Intoleranz, sondern der Liebe zu den Menschen, die sonst dem Gift der Heterodoxie ausgesetzt sein würden.

Der „Secolo" veröffentlicht einen enthusiastischen Leitartikel über die Opposition des deutschen Reichstags gegen die Militärvorlage; die italienischen Deputirten möchten sich die Haltung des Reichstages zum Beispiel nehmen.

Bei italienischen Weinproduzenten treffen bereits zahlreiche Aufträge schweizerischer Weinfirmen ein.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 4. Januar. (W. T. B.) Die Regierung übersandte dem Generalprokurator den Bericht der Untersuchungs-Kommission über die Geschäftsgebarung des früheren portugiesischen Verwaltungsrathes der königlichen Eisenbahngesellschaft, um zu erfahren, ob eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden solle.

Amerika.

Newyork, 23. Dezember. Die Agitation für und wider das Verbot der Einwanderung wird eine immer lebhaftere und in immer höherem Grade wächst die Spannung des Publikums betreffs des endgültigen Ausganges der Angelegenheit. Da die Befürworter des Verbots ihre Haltung auf die drohende Einschleppung der Cholera in unser Land basiren, so sind die letzten Nachrichten über die schlimmen Verheerungen, welche die Cholera in Rußland angerichtet, sowie betreffs des Wiederausbruches der Seuche in Hamburg Wasser auf die Mühle derjenigen Elemente, welche die gesammte Einwanderung sistiren möchten. Die betreffenden Berichte geben den Nativisten und Demagogen leider einen plausiblen Vorwand für ihr Drängen auf Beschränkung der Einwanderung, und es wird unter solchen Umständen für den in dieser Hinsicht vorurtheilsfreien und vernünftigen, d. h. für den mit gesundem Menschenverstande begabten Theil der Bevölkerung schwer sein, den Kongreß dahin zu beeinflussen, daß er die Einwanderung nicht verbietet, sondern dieselbe in einer den wirklichen Bedürfnissen entsprechenden Weise regulirt und vor Allem sein Augenmerk auf Stellung der Quarantäne unter die Kontrolle der Bundesregierung richtet.

Bedauerlicher Weise ist indessen die Stimmung unter unseren nationalen Volksvertretern noch immer vorwiegend zu Gunsten einer gänzlichen Suspension der Einwanderung. Nachdem, wie bekannt, dem Bundes-Senate die Chandler'sche Einwanderungs-Verbotsvorlage seit mehreren Wochen vorgelegen, ist nun auch in den letzten Tagen eine derartige Bill im Repräsentantenhause seitens des demokratischen Abgeordneten Stumpf eingebracht worden. Die betreffende Bill, welche die Etablirung einer Quarantäne in den Auswanderungs-Häfen, sowie die Suspension der Einwanderung unter gewissen Bedingungen bezweckt, enthält folgende Hauptbestimmungen:

„Nach dem 1. März 1893 soll keinem fremden Einwanderer, der nicht nachgewiesenermaßen im Abfahrtshafen sieben Tage quarantänirt gewesen, das Landen in den Vereinigten Staaten gestattet sein. Vor Abfahrt aus dem Auswanderungshafen muß jedes Fahrzeug gründlich ausgeräuchert und inspizirt werden. An Bord jedes Fahrzeuges müssen sich zwei erfahrene Aerzte befinden, welche unter Eid zu erklären haben, ob den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Quarantäne u. s. w. genügt worden ist. Im Falle die Schiffseigenthümer die in Rede stehenden Bestimmungen absichtlich umgehen, darf kein auf ihren Fahrzeugen beförderter Einwanderer ohne spezielle Erlaubniß des Finanzministers in den Vereinigten Staaten landen, und Fahrzeuge, welche Einwanderer an Bord haben, die im Abfahrtshafen nicht der vorgeschriebene Quarantäne unterworfen worden sind, haben eine Geldbuße von 5000 Dollar zu erlegen. Der Finanzminister darf mit Zustimmung des Präsidenten der Republik, wenn dies im Interesse des Gemeinwohls für nothwendig erscheint, die Einwanderung entweder beschränken oder gänzlich verbieten."

Diese Stumpsche Vorlage, obwohl sie sich in mancher Hinsicht vortheilhaft von der Chandler'schen unterscheidet, läuft, wie ihr Schlußpassus zeigt, im Grunde doch auf dasselbe hinaus, was die letztere anstrebt und ist darum unserer Ansicht nach ebenso verwerflich wie die Senatsbill. Auf welche von den beiden Bills der Kongreß sich einigen wird, ist in diesem Augenblick schwer zu sagen. Vorläufig ruhen dieselben noch im Schooße der Ausschüsse der beiden Häuser für Einwanderungsangelegenheiten, welche ab und zu gemeinschaftliche Sitzungen abhalten, um die Bills zu berathen, bezw. zu amendiren u. s. w. Vor diesem gemeinsamen Kongreß-Ausschuß erschienen in letzter Woche auf Ersuchen desselben die Vertreter der verschiedenen transatlantischen Dampferlinien, um ihre Ansicht über das beabsichtigte Verbot der Einwanderung, wie in der Chandler'schen Vorlage ausgedrückt, darzulegen. Wie zu erwarten, sprachen sich die Herren, deren Geschäft durch das Aufhören der Einwanderung empfindlich geschädigt werden würde, entschieden

gegen eine derartige radikale Maßregel aus. Herr Gustav H. Schwab, der Newyorker Vertreter des „Norddeutschen Lloyd" und Vorsitzender des die transatlantischen Dampfergesellschaften repräsentirenden Komitees, machte in höchst sachgemäßer Weise auf das Unpraktische und Schädliche eines Einwanderungsverbotes aufmerksam und unterbreitete Vorschläge, denen zufolge die Dampferlinien sich anheischig machen, in allen europäischen Abfahrtshäfen ein System gründlicher ärztlicher Untersuchung und strenger Quarantänirung aller nach den Vereinigten Staaten auswandernden Personen einzurichten. Die betreffende Untersuchung der Auswanderer soll sich auch darauf erstrecken, ob dieselben auch nicht etwa zu der Kategorie von Personen gehören, deren Zulassung die Vereinigten Staaten-Gesetze verbieten. Ob diese Offerte der Dampferlinien auf den Kongreß Einfluß bei Berathung der Einwanderungs-Angelegenheiten haben wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls darf nicht vergessen werden, daß die betreffenden Vorschläge der Dampfer-Gesellschaften, so annehmbar und praktisch sie in der Theorie erscheinen mögen, doch thatsächlich auf große Schwierigkeiten bei der Durchführung stoßen würden, indem es nämlich sehr schwer halten würde, in dieser Beziehung ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Immerhin sollte der gesetzgebende Körper einen Versuch in der vorgeschlagenen Richtung machen, ehe er zu einer für die ganze Nation so folgenschweren und unter Umständen für unsere volkswirthschaftliche Entwickelung verderblichen Maßregel, wie das radikale Verbot der Einwanderung greift.

Interessant ist es übrigens, daß zu derselben Zeit, zu welcher der Kongreß mit der Absicht umgeht, die gesammte Einwanderung zu verbieten, die in den Vereinigten Staaten ansässigen Chinesen eine Agitation für den Widerruf des Gesetzes, durch welches die Einwanderung aus China verhindert wird, ins Werk gesetzt haben. An der Spitze der betreffenden Bewegung steht eine sich „Oriental Klub" nennende Vereinigung chinesischer Geschäftsleute in der Stadt Newyork. Die Chinesen beabsichtigen, Massenversammlungen zu veranstalten und Petitionen an den Kongreß um Aufhebung des ihnen anstößigen Ausschlußgesetzes in Umlauf zu setzen. Einen schlechteren und ungeschickteren Zeitpunkt für ein derartiges Beginnen hätten sich die bezopften Söhne des Reiches der Mitte kaum wählen können.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 5. Januar. Das am Bollwerk neben dem Garnisonlazareth belegene Proviantmagazin II wurde heute zum Abbruch versteigert und gab Herr Zimmermeister Schaefer das Höchstgebot mit 3625 Mark ab. Der Abbruch muß bis zum 20. März cr. beendet sein.

— Seit Einführung des denaturirten Spiritus sind vielfach Klagen über seinen gesundheitsgefährlichen Einfluß auf die damit arbeitenden Personen laut geworden. Obwohl nun in Folge dessen die behufs Denaturirung des Spiritus zuzusetzenden Mengen von Pyridin und Holzgeist erniedrigt worden sind, haben doch die Klagen über schädliche Wirkung auf die Haut, Augen und Athmungsorgane nicht aufgehört. Es bildet sich bei Personen, die viel mit denaturirtem Spiritus zu arbeiten haben, ein Ausschlag zunächst an den Händen, der den ganzen Arm, Gesicht und andere Körperstellen weiterhin befallen kann. Abheilung erfolgt meist erst nach 2—3 Wochen, kann sich aber auch monatelang hinziehen. — Wer also (z. B. beruflich) gezwungen ist, mit denaturirtem Spiritus umzugehen, suche seine üblen Wirkungen durch häufiger als sonst genommene warme Bäder und durch Tiefathmen in freier Luft auszugleichen. Wer Spiritus zu den bekannten kleinen Brennern (besonders beim Milchwärmen für die Säuglinge) gebraucht, sollte, um Gesundheitsschädigungen (besonders Augenentzündungen der meist in nächster Nähe liegenden Säuglinge) zu verhüten, nur guten (nicht denaturirten) Spiritus verwenden. Die kleine Mehrausgabe wird auch zum Theil dadurch wieder eingebracht, daß der bessere Spiritus auch eine größere Hitzkraft besitzt, mithin nur eine kleinere Menge desselben zum Gebrauche nöthig ist.

— Die Nr. 1 der Sonderausgabe für die Invaliditäts- und Altersversicherung enthält eine Bekanntmachung, betreffend die weitere Ausdehnung der Bestimmungen des § 4 Absatz 1 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes auf Beamte, welche von öffentlichen Verbänden oder Körperschaften mit Pensionsberechtigung angestellt sind, sowie folgende bemerkenswerthe Revisionsentscheidungen:

Bei der im § 158 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes näher bezeichneten vorgesetzlichen Unterbrechung eines ständigen Arbeits- oder Dienstverhältnisses kommt nicht nur derjenige kalendermäßige Zeitraum von vier Monaten in Betracht, welcher dem Eintritt der Unterbrechung unmittelbar folgt, es können vielmehr die gedachten vier Monate auf die durch anderweitige versicherungspflichtige Beschäftigung nicht gedeckten Zeiträume der im Laufe eines Kalenderjahres vorgekommenen Unterbrechungen beliebig vertheilt werden.

Die Unterbrechung eines ständigen Arbeits- oder Dienstverhältnisses gemäß §§ 119, 158 a. a. O. ist zwar auf die Wartezeit auch dann anzurechnen, wenn die beabsichtigte Fortsetzung dieses Verhältnisses späterhin aus äußeren Gründen unterblieben ist. Das im § 157 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ausdrücklich erforderte „Versichertsein" nach dem Inkrafttreten des Gesetzes kann jedoch in solchem Fall, wenn die Unterbrechungszeit sich über den 1. Januar 1891 hinaus erstreckt, durch das Bestehen der gedachten Absicht allein nicht herbeigeführt werden; es gehört dazu vielmehr noch die Thatsache des wirklichen Eintritts in ein versicherungspflichtiges Arbeits- oder Dienstverhältniß nach dem genannten Zeitpunkte, mag dies nun das früher bestandene zu dem bestimmten Arbeitgeber oder ein anderes Beschäftigungsverhältniß sein.

* In der Zeit vom 16. bis 31. Dezember sind bei der königlichen Polizei-Direktion folgende Gegenstände als gefunden gemeldet:

1 Medaillon mit Photographie — Schlüssel — 1 Jagdhund — 1 Maulkorb — 1 Granat-Broche — Taschentücher — 1 Hundertmarkschein — Portemonnaies mit Inhalt — Regenschirme — 1 Notizbuch — 1 Schild — 1 Rad — Milchkannen — 1 Ring — Herrenkragen — 1 Regenmantel — Blechwaaren — 1 Umschlagetuch — Handschuhe — 1 Muff — 1 Packet, enth. Kleidungsstücke — 1 Haarpfeil — 1 Damenhut — 1 Gummischuh — 1 wollene Mütze — 1 Pelzmütze — Invalidenkarten — 1 Kahnanhang — 1 Umschlagetuch — Geldspindschlüssel — 1 Stock — 1 gold. Kreuz — 1 Uhr.

Die Verlierer werden aufgefordert, ihr Eigenthumsrecht binnen 3 Monaten geltend zu machen.

Aus den Provinzen.

Swinemünde, 4. Januar. Von zuverlässiger Seite wird dem „Kreisblatt" mitgetheilt, daß die Untersuchung gegen den Amtsrichter Duncker hierselbst nicht zu dem Resultate führen wird, das die gegen ihn eingereichte Denunziation bezweckt hat.

Greifswald, 4. Januar. Eine umfangreiche Anklage beschäftigte gestern die Strafkammer I des hiesigen Landgerichts. Dieselbe betraf eine Anklage gegen den Brauereibesitzer Karl Ahrendt und den Fischermeister Conrad Henck, Beide aus Anklam, wegen Betruges und Vergehens gegen die Konkursordnung bezw. gegen Henck wegen Anstiftung und Beihülfe dazu. Im Januar 1891 kaufte Ahrendt die Dollsche Brauerei in Anklam für 56,000 Mark, obgleich ihm nur sehr geringe Mittel zur Verfügung standen. 5000 Mark sollte er anzahlen, er brachte es aber nur auf 4700, sodaß die gerichtliche Auflassung des Grundstücks auf seinen Namen garnicht erfolgte. Obgleich er Kredit bei den Firmen hatte, von denen er Material zum Bauen bezog, gerieth er doch nach Jahresfrist in Zahlungsverlegenheiten. Mitte Januar 1892 waren mehrere beträchtliche Wechsel fällig, die, da er selbst dazu nicht in der Lage war, von seinem in Lübeck wohnenden Vater und Schwiegervater eingelöst wurden. Der Letztere war am 9. Januar in Anklam gewesen und hatte von Ahrendts Vorgänger keine sehr günstigen Nachrichten über seinen Schwiegersohn erhalten. Er unterstützte den Letzteren deshalb nicht nur nicht, wie er nach dessen Behauptung in Aussicht gestellt hatte, sondern klagte vielmehr in Gemeinschaft mit dessen Vater die beiden Wechsel ein. Um dieselbe Zeit hatte Ahrendt Eis in seinen Keller fahren lassen, das Geld dafür, etwas über 100 Mark, konnte er aber nicht baar zahlen, sondern gab den beiden Ackerbürgern, welche die Fuhren geleistet hatten, Bier, das dieselben wieder verkaufen mußten, da es sich um mehrere ganze Tonnen handelte. Einem andern Gläubiger gab er für dessen Forderung Malz als Faustpfand. Ferner hatte außer anderen Gläubigern der Mitangeklagte Henck eine Forderung in Höhe von 2434 Mark, und zwar für Torf 400 Mark, das übrige Geld hatte er als baare Darlehen gegeben, das erste am 1. Mai 1891. Dieses Geld war angeblich ohne bestimmte Kündigungsfrist, doch erwartete Henck zu Neujahr 18.2 bestimmt die Rückzahlung, zumal er das Geld dann auch gebrauchen mußte. Als nun Henck gar gedrängt wurde, begab er sich am 21. Januar auf den Rath eines Schreibers des Gerichtsvollziehers Schöttler zum Schiedsmann und ließ sich im Einverständniß mit Ahrendt eine Bescheinigung ausstellen, laut deren Henck sofort pfänden lassen durfte, wenn das Geld bis zum Mittag des 23 Januar nicht bezahlt wäre. Als die Zahlung nicht erfolgt war, pfändete der Gerichtsvollzieher sofort und beraumte Termine zum Verkauf der Sachen auf den 8. Februar. Vor der Pfändung, und zwar am 18. Januar fragte Ahrendt telegraphisch beim Kaufmann Reimann in Frankfurt a. O. an, wieviel Malz koste und bestellte, nachdem er auf demselben Wege Offerte erhalten hatte, ebenfalls per Draht 200 Zentner Malz im Werthe von 2995 Mark. Am folgenden Morgen sandte er Accept über diesen Betrag ein und am 21. war das Malz in Anklam. Aus diesen Vorgängen folgerte die Anklage, daß die beiden Beschuldigten in der Sache gemeinschaftlich gehandelt haben. Sie nimmt an, daß sie beide die Herbeischaffung des Malzes veranlaßt haben (Henck in der Art, daß er die Fracht bezahlte, was jedoch nicht erwiesen ist), um ein größeres Pfandobjekt zu haben, und daß sie dann die Pfändung in Scene gesetzt haben, damit Henck, der mit Ahrendt sehr befreundet war, mit seiner Forderung reichlich befriedigt werden könne. Thatsächlich fanden sich soviel pfändbare Gegenstände bei Ahrendt, daß Henck auch ohne die 200 Zentner Malz befriedigt werden konnte. Am 8. Februar ging der Verkauf der gepfändeten Sachen vor sich. Der Hauptkäufer war Henck. Inzwischen hatte der Kaufmann Westphal in Demmin Kenntniß von den Vorgängen erhalten. Er reiste nach Anklam und beantragte als Vertreter einer Malzfabrik, die ebenfalls eine nicht unbeträchtliche Forderung an Ahrendt hatte, das Konkursverfahren über dessen Vermögen. Dem wurde Folge gegeben und als die Auktion beendet war, fand der Gerichtsvollzieher einen Beschluß des betreffenden Gerichts vor, laut dessen die Auszahlung des Erlöses verboten war. Das Geld (2806 Mark) wurde bei der Regierungshauptkasse in Stettin hinterlegt, wo es sich noch jetzt befindet. Die Ermittelungen des Konkursverwalters ergaben, daß Ahrendt die Bücher nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend geführt und daß er keine Bilanz gezogen hatte, daß nur 3400 Mark Aktiva 15,000 Mark Passivas gegenüberstehen und daß die Gläubiger voraussichtlich, ausschließlich der noch streitigen hinterlegten 2806 Mark 12½ bis 13 pCt. ihrer Forderungen erhalten werden. Die Brauerei hat demnächst Doll zurückgekauft und jetzt für 59,000 Mark wieder verkauft.

Die Angeklagten erklärten sich heute für nichtschuldig. Henck will aus eigenem Antriebe die Pfändung veranlaßt und die Fracht für die Malzsendung nicht bezahlt haben. Ahrend will sich nicht bewußt gewesen sein, daß er in der fraglichen Zeit zahlungsunfähig war, hat vielmehr auf die Hülfe seines Vaters und seines Schwiegervaters, welche beide gut situirt sind, gerechnet. Das Geschäft hat er auch noch nach der Pfändung fortgesetzt, auch hat er nach Ausweis der Bücher noch Zahlungen geleistet, bis der Konkurs beantragt wurde. Der Vertreter der kgl. Staatsanwaltschaft hielt die Anklage aufrecht und beantragte gegen Ahrendt 9 Monate, gegen Henck 6 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof sprach Henck frei. Ahrendt wurde wegen Betruges (der Fall Reimann) und wegen Vergehens gegen die Konkurs-Ordnung zu 6 Monaten Gefängniß, von denen 5 Monate durch die seit dem 1. Juli v. J. dauernde Untersuchungshaft verbüßt sind, verurtheilt.

Lauenburg i. P., 2. Januar. Heute beschlossen die Stadtverordneten dem Magistratsantrage gemäß die Einführung der Dienstaltersklassen am hiesigen Progymnasium. Dies ist um so bemerkenswerther, als in hiesiger Stadt 250 Prozent Kommunalsteuern gezahlt werden.

Neuendorf bei Gützkow, 3. Januar. Der im Alter von 50 Jahren stehende Tagelöhner Meier hierselbst, verheirathet und Vater von 3 Kindern, zog sich vor etwa 14 Tagen auf unbekannte Weise eine kleine Rißwunde auf der Außenseite der rechten Hand zu, beachtete die Wunde jedoch nicht, worauf zu Weihnachten Hand und Arm so dick anschwollen, daß die schleunige Ueberführung des Schwerkranken in die Klinik zu Greifswald nöthig wurde. Hier wurde Blutvergiftung konstatirt und dem ꝛc. Meier darauf der rechte Arm im Schultergelenk amputirt. Am letzten Sonnabend ist Meier an Blutvergiftung gestorben.

Kunst und Literatur.

Für das Reichstagsgebäude hat Professor Reinhold Begas eine kolossale Hauptgruppe modellirt, die gegenwärtig in Kupfer getrieben wird. Es ist eine Germania, die, hoch zu Roß, nach rückwärts eine bis auf den Boden herabwallende Fahne schwingt; das Pferd leiten rechts ein Krieger mit dem Schwert und einer Friedenspalme, links ein Genius, der in die Posaune stößt. Das Ganze ist wieder ein grandioses Kunstwerk. Es dürfte übrigens interessiren, daß Reinhold Begas die Farbe fast mit derselben Meisterschaft beherrscht wie den Thon; er ist ein ausgezeichneter Bildnißmaler.

Vermischte Nachrichten.

— Ueber die Geschenke, die der Sultan der kaiserlichen Familie durch seinen Generaladjutanten Kamphövener Pascha hat überreichen lassen, meldet die „Nordd. Allg. Ztg." Folgendes: Zunächst ist für den Kaiser und die Kaiserin als Anfang einer vollständigen Zimmereinrichtung eine Garnitur von Möbeln bestimmt, die in völlig orientalischem Geschmack in Konstantinopel gearbeitet sind, und in eingelegter Perlmutterarbeit den Namenszug und das Wappen der Sultans zeigen. Es sind ein Divan mit hohem Aufbau, zwei Sessel, vier Stühle und zwei Tabourets. Der Kaiser erhielt für sich ein Album in syrischer Perlmutterarbeit, die Kaiserin zwei kostbare orientalische Vasen in blauer Emaille und eingelegtem Silber; auf der einen erblickt man die Moschee von Ortakiö, auf der anderen die Säule des Hippodrom. Jedem der sechs kaiserlichen Prinzen konnte Kamphövener Pascha eine Garnitur von Hemden- und Manschettenknöpfen in Brillanten überreichen; die des Kronprinzen ist noch besonders durch den Halbmond ausgezeichnet. Für die junge Prinzessin war eine Brosche in fächerartiger Form bestimmt.

Krefeld, 3. Januar. Ueber eine schwunghaft betriebene Butterfälschung berichtet die „Kref. Ztg.": Der hiesige Butterhändler Heinrich C. stand bereits seit Jahren im Verdacht, Margarine mit billiger Naturbutter zu vermischen und dieses Gemisch dann als echte Naturbutter in den Handel zu bringen. Den eifrigen Bemühungen der Revierpolizei ist es nun gelungen, das ganze Fälschernest auf einmal auszuheben. Als nämlich die dienstbaren Geister des C., welche in Gestalt von Bäuerinnen gekleidet waren, zum Ruhrorter Markte zogen, wurde die Gesellschaft beobachtet und überwacht. Wie ein Blitz aus heiterm Himmel trat jedoch die heilige Hermandad hervor und beschlagnahmte die ganze Fabrikation beim flottesten Handel. Die chemische Untersuchung hat zu Tage gefördert, daß diese Butter meistens aus Margarine bestand. Wie groß der Umsatz dieses Fabrikanten gewesen sein mag, kann man beurtheilen, wenn man erfährt, daß in einem Monat dieses Jahres über 3000 Pfund Margarine angekommen sind. Neben dem Genannten haben sich als Gehülfen bezw. Gehülfinnen zu verantworten dessen Ehefrau und Sohn Matthias, sowie dessen Tochter Christine und die Dienstmagd Franziska Sch.

Eisenach, 4. Januar. In Heringen an der Werra erschlug der Landwirth Haabler, welcher eben vom Militär entlassen worden war, mit einem Spaten seine eigene Mutter nach einem Streite.

Wien, 4. Januar. (W. T. B.) Der Eisenwaarenhändler Franz Schetka ist wegen Wechselfälschungen im Betrage von mehr als 70,000 Gulden verhaftet worden.

Ala, 4. Januar. (W. T. B.) Heute Nachmittag explodirte im hiesigen italienischen Zollmagazin in Folge von Unvorsichtigkeit eine Kiste mit Petardenkapseln, wodurch eine Person getödtet, zwei schwer und eine leicht verwundet wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. Januar. Wetter: Bewölkt. Temperatur — 3° Reaumur, Nachts — 4° Reaumur. Barometer 774 Millimeter. Wind: Südost.

Weizen behauptet, per 1000 Kilogramm loko 142,00—152,00 bez., per Jannar 151,00 nom., per April-Mai 155,00 B. u. G., per Mai Juni 156,50 G., 157,00 B., per Juni-Juli 158,50 B., 158 G.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 122,00—129,00 bez., per Januar 130,00 nom. per April-Mai 134,00—134,50 bez, per Mai-Juni 135,50 bez., per Juni-Juli 136,50 G., 137,00 B.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 127—134.

Rüböl behauptet, per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 49 B., per Januar 49 B., pr April-Mai 49,50 B., per September-Oktober 50,00 B.,

Spiritus beh., per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 30,0 bez., per Jannar 70er 29,5 nom., per April-Mai 70er 31,3 bez., per Mai-Juni 70er —, per August-September 70er 33,3 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 151,00, Roggen 130,00, 70er Spiritus 29,5.

Angemeldet: Nichts.

Paris, 4. Januar, Nachmittags. (Schlußkourse) Fest.

		Kurs vom 3.
3% amortisirb. Rente	95,72½	95,45
3% Rente	95,22½	94,85
4½% Anleihe	—,—	—,—
Italienische 5% Rente	92,70	92,75
Oesterr. Goldrente	—,—	—,—
4% ungar. Goldrente	97,56	97,56
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	96,70	96,40
4% unifiz. Egypter	99,60	99,50
4% Spanier äußere Anleihe	63,00	63,00
Convert. Türken	21,40	27,50
Türkische Loose	88,75	87,60
4% privil. Türk. Obligationen	425,00	427,00
[illegible]	—,—	633,75
[illegible]	208,75	—,—
" [illegible]	—,—	—,—
[illegible]	576,00	575,00
" [illegible]	648,00	647,00
" [illegible]	150,00	147,[illegible]0
[illegible]	990,00	972,00
" [illegible]	130,00	130,00
[illegible]	625,00	625,00
Panama-Kanal-Aktien	—,—	—,—
[illegible] Obligationen	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	398,10	398,00
Suezkanal-Aktien	2617,00	2615,00
Gaz Parisien	—,—	—,—
Credit Lyonnais	753,00	752,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	—,—	—,—
Transatlantique	—,—	—,—
B. de France	3790,00	3760,00
Ville de Paris de 1871	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	55,00	352,50
2¾ Cons. Angl.	—,—	—,—
Wechsel auf deutsche Plätze	122,50	122,50
Wechsel auf London kurz	25,10½	25,11
Cheque auf London	25,12	25,12½
Wechs. Amsterdam k.	206,00	206,06
" Wien k.	206,25	206,25
" Madrid k.	425,50	426,00
[illegible]	485,00	480,00
[illegible]-Aktien	93,75	92,50
Neue Rente	—,—	—,—
Portugiesen	22,75	22,72
3% Russen	77,75	77,75

Köln, 4. Januar, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 15,75, do. neuer —,—, do. fremder loko 17,25, per März 16,45, per Mai —,—. Roggen hiesiger loko 14,50, neuer —,—, fremder loko 15,75, per März 14,35, per Mai —,—. Hafer hiesiger loko 14,75, fremder —,—. Rüböl loko 54,00, per Mai 52,40, per Oktober —,—. Wetter: Frost.

Hamburg, 4 Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 79,75, per März 78,50, per Mai 77,50, per September 77.75. — Behauptet.

Hamburg, 4. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 pCt Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14,32½, per März 14,42½, per Mai 14,52½, per September 14,40. — Matt.

Bremen, 4. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,45 B. Baumwolle fest.

Wien, 4. Januar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,58 G., 7,61 B., per Herbst 7,71 G., 7,74 B. — Roggen per Frühjahr 6,65 G., 6,68 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. — Mais per Mai-Juni 5,05 G., 5,08 B. — Hafer per Frühjahr 5,89 G., 5,92 B.

Pest, 4. Januar, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko ruh., per Frühjahr 7,39 G., 7,40 B., per Herbst 7,50 G., 7,51 B. — Hafer per Frühjahr 5,47 G., 5,49 B. — Mais per Mai-Juni 4,72 G., 4,73 B. — Kohlraps per August-September 11,40 G., 11,50 B. — Wetter: Kalt.

Amsterdam, 4. Januar, Nachmittags Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, per März 174,00, per Mai 176,00. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine unverändert, per März 126,00, per Mai 122,00. Rüböl loko 26,00, per Mai 26,00, do. Herbst 25,75.

Amsterdam. 4. Januar Java-Kaffee good ordinary 56 50.

Amsterdam, 4. Januar, Nachmittags. Bancazinn 55,25

Antwerpen, 4. Januar, Nachm. 2 Uhr. 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 12⅞ bez. u. B., per Januar 12,75 B., per Februar-März 13⅛ B., per September-Dezember 13¼ Br. — Fest.

Paris, 4. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) behauptet, 88% loko 38,75—39,00. — Weißer Zucker fest, Nr 3 per 100 Kilogramm per Januar 41,00, per Februar 41,25, per März-Juni 41,62½, per Mai-August 42,00.

London 4. Januar. 96% Javazucker loko 16,37, ruhig. — Rüberrohzucker loko 14,37, ruhig. Centrifugalzucker —,—.

London, 4. Januar. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Frost.

London, 4. Januar. Chili-Kupfer $46\frac{9}{16}$, per 3 Monat $47\frac{1}{16}$.

Leith, 4. Januar, Vormittags. Getreidemarkt. Markt in festerer Tendenz, die meisten Artikel ½—1 Sh. höher gehalten.

Glasgow, 4. Januar, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 8½ d.

Glasgow, 4 Januar. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 5994 Tons gegen 2794 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newyork, 4. Januar, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Februar —,—. Weizen per Mai 82⅝.

Newyork, 4. Januar. Wechsel auf London 4,85¾. — Petroleum in Newyork 5 40, in Philadelphia 5,35, rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certif. per Februar — D. 54 C. Mehl 2 D. 95 C. Rother Winter-Weizen loko — D. 80¾ C Rother Weizen per Januar — D. 78½ C., per Februar — D. 79½ C., per Mai — D. 83 C. Getreidefracht 1⅞. Mais per Januar 50,00. Zucker 2,75. Schmalz loko 11,00. Kaffee Rio Nr. 7 17,00. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 7 15,90 Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 15,85. Weizen Anfangs-Kours per Mai 82⅝.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 4. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Januar 4,37½, per Juli 4,62½ Käufer.

Bankwesen.

Berlin, 4. Januar. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 31. Dezember.

Aktiva.

1) Metallbestand (der Bestand an koursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet M. 837,809,000, Abnahme 23,941,000.
2) Bestand an Reichskassenscheinen M. 17,754,000, Abnahme 2,054,000.
3) Bestand an Noten and. Bank. M. 9,246,000, Zunahme 677,000.
4) Bestand an Wechseln M. 60[illegible],942,000, Zunahme 48,187,000.
5) Bestand an Lombardfordrg. M. 118,897,000, Zunahme 28,619,000.
6) Bestand an Effekten M. 12,847,000, Zunahme 13,000.
7) Bestand an sonst. Aktiven M. 59,010,000, Abnahme 9,957,000

Passiva.

8) Das Grundkapital M. 120,[illegible]00,000 unverändert.
9) Der Reservefonds M. 30,[illegible]0,000 unverändert.
10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 1,140,162,000, Zunahme 11[illegible],265,000.
11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten, 361,225,000, Abnahme 78,142,000.
12) An sonstigen Passiva M. 1,277,000, Abnahme 361,000.

Bei den Abrechnungsstellen sind im Monat Dezember 1892 abgerechnet 1,494,131,300 Mark.

Schiffs-Nachrichten.

Flensburg, 4. Januar. Im Juni v. J. fand eine Kollision des Kohlendampfers „Otto" mit dem Passagier-Dampfer „Schwalbe" im Eiderkanal statt. Der Kapitän der „Schwalbe", Wandmaker, hatte, obwohl das Schiff sich in einem engen, gefährlichen Fahrwasser befand, geschlafen und dadurch den Zusammenstoß herbeigeführt. Der Spruch des Flensburger Seeamts, vor dem der Seeunfall verhandelt wurde, lautete dahin, daß Kapitän Wandmaker die Kollision verschuldet habe; doch entzog ihm das Seeamt entgegen dem Antrage des Reichskommissars nicht das Kapitänpatent. Der Reichskommissar legte Berufung beim Oberseeamt in Berlin ein und wies darauf hin, daß Kapitän Wandmaker unmittelbar vor der Kollision nicht nur geschlafen habe, sondern wahrscheinlich auch betrunken gewesen sei. Das Oberseeamt kassirte das Urtheil des Flensburger Seeamts und erkannte gegen Kapitän Wandmaker auf Entziehung des Kapitän-Patents, da derselbe, dem das Leben vieler Menschen anvertraut gewesen, großen Mangel an Vorsicht bewiesen habe.

Hamburg, 4. Januar. Einen seltenen Eindruck machen die Dampfer „Liberty" und „Bergonhuus", die heute Morgen, ersterer von England, letzterer von Dänemark kommend, im hiesigen Baakenhafen vertäut worden. Der ganze Rumpf der beiden Steamer war bis über die Reeling mit einer dichten Eiskruste überzogen, während an den Raaen sich Eisfiguren gebildet hatten. Die Fähren der Hafen-Dampfschifffahrts-Gesellschaft können nach wie vor nur noch vom Fährdampfer „Sonne" aufrecht erhalten werden, während die anderen Dampfer ihre Fahrten erst bei eintretender milderer Witterung wieder aufnehmen können.

Telegraphische Depeschen.

Brüssel, 5. Januar. Stadtrath Janssens aus Etterbeck hat sich freiwillig den Gerichten gestellt. Seine Unterschlagungen übersteigen weit den Betrag von 300,000 Franks.

Brüssel, 5. Januar. In der Nähe von Charleroi explodirte auf der Zeche Pays des Liéges ein Reservoir mit komprimirter Luft. Die gußeisernen Stücke des Reservoirs durchschlugen die Mauern des Zechengebäudes, flogen auf circa 500 Meter im Umkreise herum und richteten dadurch an verschiedenen Nachbarhäusern schweren Schaden an.

Paris, 5. Januar. Das Gerücht von der Verhaftung Clemenceau's ist unbegründet.

Die Regierung beschloß, scharfe polizeiliche Maßregeln zu ergreifen, um ein für Freitag Abend angesetztes Meeting des Marquis Morés zu verhindern.

Madrid, 4. Januar. Die Königin-Regentin wird morgen das Dekret unterzeichnen, durch welches die Auflösung der Kammern verfügt wird.

London, 5. Januar. Wie dem „Reuterschen Bureau" aus Lima von gestern gemeldet wird, hat der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Larrabure y Unáma in Folge von Differenzen mit dem Ministerpräsidenten Elias bezüglich der diplomatischen Regelung der zwischen Peru und Chili schwebenden Frage seine Entlassung eingereicht. Die übrigen Mitglieder des Kabinets stehen auf Seite des Ministerpräsidenten.

Bukarest, 5. Januar. Die rumänische Akademie verlangt ebenfalls die Annullirung des Zappa'schen Testamentes. Die Akademie will dokumentarisch den Beweis führen, daß Zappa bei Abfassung seines Testamentes unzurechnungsfähig gewesen.

Newyork, 4. Januar. Nach einer Mittheilung aus Bakersville (Nord-Karolina) griffen 500 maskirte Personen das dortige Gefängniß an, bemächtigten sich des noch nicht verurtheilten Mörders eines angesehenen Bürgers der Stadt und lynchten denselben. 7 Gendarmen traten der Menge entgegen und suchten vergeblich, derselben den Mörder zu entreißen. Es kam zu einem blutigen Kampfe, in welchem alle Gendarmen und 25 Personen aus der Menge, darunter mehrere angesehene Bürger der Stadt, getödtet wurden.

Im Gefängniß zu St. Helena sind weitere 18 Gefangene an Vergiftung gestorben.

Washington, 4. Januar. Nach dem vom Ackerbaubureau über den Gesammtertrag der vorjährigen Ernte veröffentlichten Bericht stellte sich der Ertrag an Weizen auf 515,949,000 Scheffel, [illegible] geschätzt auf [illegible] Werth von 322,111,891 [illegible]. Mais lieferte insgesammt 1,628,464,000 Scheffel, geschätzt auf 642,146,630 Dollars. Hafer ergab 661,035,000 Scheffel, was einem Werthe von 209,253,611 Dollar gleichkommt.